
2.1 Wiederaufbau und Restauration

Mit der Währungsreform 1948 in den besetzten Westzonen Deutschlands, der damit verbundenen Einführung der D-Mark und der Wahl Konrad Adenauers zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland begann die Geschichte der BRD und wurde die Spaltung Deutschlands in DDR und BRD festgeschrieben. Adenauer, der bis 1963 Kanzler blieb, wurde zur zentralen Figur der bundesdeutschen Politik in der Nachkriegszeit.

Der Gründung der Bundesrepublik gingen 12 Jahre faschistischer Terrorherrschaft voraus, die vielen Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern das Leben kostete und weitere Millionen von Toten in den Lagern der Nazis forderte.

Die brutale und rücksichtslose Durchsetzung eines faschistischen Menschenbildes, das Menschenleben in „wertes“ und „unwertes“ einteilte, die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, die Vernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden in den Konzentrationslagern sind von historisch einmaligem und erschreckendem Ausmaß.

Der Jugend kam in den Plänen der Nazis eine besondere Rolle zu, galt sie doch als „unverdorben“ und formbar; sie sollte durch permanenten Drill und lückenlose Kontrolle in den Jugendorganisationen auf die Ziele des deutschen Faschismus eingeschworen werden:

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes, als deutsch denken, deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit 10 Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort oft zum ersten Male überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie 4 Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend, dort behalten wir sie wieder 4 Jahre und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK usw.“ (A. Hitler, zit. n. Keim 1995, S. 18)

Deutlich wird, dass mit „dieser Jugend“ die männliche Jugend gemeint war, die durch Zucht, Unterordnung, Kontrolle und eine harte Erziehung zu soldatischen und kampfbereiten Jungen, „zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl und flink wie die Windhunde“, abgerichtet werden sollte.

Die Mädchen hingegen sollten zu treuen und fürsorglichen Müttern erzogen werden mit der Aufgabe, „Kinder für den Führer“ zu gebären. Als Massenorganisation für sie hatten die Nazis den „Bund Deutscher Mädel“ (BDM) gegründet mit einer deutlichen Orientierung an einem konservativen Rollenverständnis:

„Wir wollen darum bewußt politische Mädel formen. Das bedeutet nicht: Frauen, die später in Parlamenten debattieren oder diskutieren, sondern Mädel und Frauen, die um die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes wissen und dementsprechend handeln.“ (Jutta Rüdiger, BDM Reichsreferentin, zit. n. Klönne 2003, S. 87)

Die Pläne der Nazis, nicht zuletzt mit Hilfe einer auf ihre Ideologie eingeschworenen Jugend der „arischen Rasse“ weltweit zur Vorherrschaft zu verhelfen, führten zu einem Europa in Trümmern und unvorstellbarem menschlichem Leid, das „tausendjährige Reich“ endete mit der totalen Katastrophe.

Wesentlichen Anteil am Aufstieg und an der Herrschaft des Faschismus in Deutschland hatte dabei die Industrie: Reiche Geldgeber hatten die Nazis schon vor der sogenannten „Machtergreifung“ 1933 finanziell unterstützt und konnten sich von der Hitlerregierung lukrative Rüstungsaufträge, die Übernahme von jüdischen Firmen, billige Arbeitskräfte aus den eroberten Gebieten und eine Ausschaltung von oppositionellen Kräften wie Gewerkschaften, der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei und liberalen Kräften versprechen.

Deutlich wurde die Rolle, die das Kapital an der Nazi-Herrschaft hatte, bei den Prozessen gegen die Kriegsverbrecher, bei denen neben führenden Nazi-Funktionären und Militärs auch zahlreiche Industrielle und Manager auf der Anklagebank saßen.

Der Zusammenhang von kapitalistischen Interessen und dem deutschen Faschismus war in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch präsent. So forderte selbst die CDU in ihrem Gründungsaufwurf im Jahr 1945:

„Das unermessliche Elend in unserem Volk zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens ... ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in strenger Planung durchzuführen ... Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt von illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden ...“ (Zit. n. Lilge 1978, S. 18)

Diese antikapitalistische Stimmung war allerdings nicht von Dauer, es wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine entscheidenden Änderungen der grundlegenden Besitzverhältnisse durchgesetzt. Dies war auch nicht im Interesse der Besitzenden in Deutschland, in dem der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), der „zurecht als Nachfolgeorganisation des durch seine Rolle im Faschismus berüchtigten „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ gelten kann. Die Ziele des BDI bestanden in der sowohl ökonomischen als auch politischen Westorientierung, der Entfaltung der „freien Marktwirtschaft“ und der Rehabilitierung der durch ihre faschistische Vergangenheit belasteten Industriellen.“ (Theissen 1983, S. 53)

Der Umgang in der neu gegründeten Bundesrepublik mit den zurückliegenden zwölf Jahren faschistischen Terrors war eher durch Verdrängung und Verleugnung als von einer wirklichen Auseinandersetzung geprägt:

„Ein überaus dunkles Kapitel der frühen 50er Jahre bildete die nahezu restlose soziale Integration ehemaliger Nationalsozialisten in die Nachkriegsgesellschaft.“ (Schildt/Siegfried 2009, S. 132f)

Als Beispiel dafür, dass führende Nazis in der Bundesrepublik nicht nur von Verfolgung unbehelligt blieben, sondern auch weiterhin einflussreiche Positionen bekleideten, können Hans Globke und Theodor Oberländer dienen: Globke war ab 1953 als Chef des Bundeskanzleramtes enger Mitarbeiter von Konrad Adenauer. Er war in der Nazizeit Mitautor des Gesetzes „zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes“, also der rassistischen Gesetzgebung der Nationalsozialisten, zudem Autor von Kommentaren und den Ausführungsanordnungen der antijüdischen „Nürnberger Gesetze“, in denen festgelegt wurde, was als „Rassenschande“ zu gelten hat.

Oberländer, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte von 1953 bis 1960, war seit 1933 Mitglied in der NSDAP, befehligte als „Ostexperte“ Einsätze für die „ethnische Säuberung“ in dem von den Nazis überfallenen Polen, seiner Einheit wurden zudem Massenmorde an der polnischen Zivilbevölkerung zur Last gelegt.

Auch die Angestellten des Volksgerichtshofes, einem faschistischen Sondergericht, wurden für ihre Taten unter der Naziherrschaft nicht zur Verantwortung gezogen. Durch den Volksgerichtshof wurden über 5.000 Regimegegner der Nazis zum Tode verurteilt und fast alle diese Urteile wurden auch vollstreckt.

Weil ein großer Teil der Eliten des Nazi-Regimes in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft ihre Karrieren in der Bundesrepublik fortsetzen konnte, kann nicht wirklich von einem Bruch mit dem Nationalsozialismus und einer Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit im Deutschland der 50er Jahre gesprochen werden:

„Nicht nur Mitläufer zogen wieder in die Verwaltung ein, sondern auch Gestapo-Kommissare, hohe SS-Chargen des Sicherheitsamtes, Staatsanwälte an Sondergerichten, Ghetto-Verwalter usw.“ (Theissen 1983, S. 67f)

Statt einer konsequenten Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands wurde nun der Kommunismus zum Staatsfeind erklärt:

„Im Klima des kalten Krieges fand die Integration ehemaliger Nationalsozialisten ihr negatives Pendant im Ausschluss der Kommunisten aus dem politischen Leben. 1948 wurden ihre letzten Vertreter aus den Landesregierungen, Zeitungsredaktionen und Rundfunkstationen entfernt, um 1950 begann die Illegalisierung des Umfeldes der KPD.“ (Schild/Siegfried 2009, S. 140)

Dieser Antikommunismus gipfelte im Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956 durch das Bundesverfassungsgericht. Die KommunistInnen, die zum größten Teil entschlossen gegen den Faschismus kämpften, von denen viele in den Gefängnissen und Lagern der Nazis saßen und umgebracht wurden, mussten 11 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur zum Teil wieder aufgrund ihrer politischen Überzeugung in Haft.

Die relative Ignoranz gegenüber den ehemaligen Nazi-Eliten und der steigende Antikommunismus im Westdeutschland der frühen Nachkriegszeit sind nur verständlich im Zusammenhang der weltpolitischen Entwicklung. Hatten die USA, die Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien noch gemeinsam im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler-Deutschland gekämpft, so zeichnete sich relativ schnell nach Beendigung des Krieges die Konfrontation der beiden Machtblöcke unter

der jeweiligen Führung der USA und der UdSSR ab, wobei die Grenze zwischen beiden innerhalb Deutschlands verlief.

Die antikommunistische Politik der Adenauer-Regierung, die 1953 mit dem Slogan „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ zur Wahl antrat, lief eindeutig auf eine Integration in den – je nach Sichtweise freiheitlichen oder kapitalistischen – Machtblock hinaus: 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei und im Jahr 1957 der EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vorläufer der EU. Kritische Stimmen und eventueller Widerstand von Seiten der KommunistInnen wären hierbei hinderlich gewesen und die Integration der alten Nazis in die Bundesrepublik wurde damit begründet, dass man für die Aufgaben in Justiz, Verwaltung und Wissenschaft „Fachleute“ brauchte.

Die Einbindung in den westlichen Machtblock und die damit verbundene Einführung der Bundeswehr erfolgte allerdings nicht ohne innenpolitischen Protest: 1950 entstand die „Ohne-mich-Bewegung“, die gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik kämpfte:

„Im Jahre 1950 entstand spontan die ‚Ohne-uns-Bewegung‘, die zunächst nur in der Ablehnung der Wiederbewaffnung durch einzelne Persönlichkeiten oder kleinere Gruppen bestand ... Ende 1950 verbreiterte sich diese Bewegung: überall im Stadtbild machte sie auf ihre Existenz aufmerksam. An Verkehrsschildern, Briefkästen, Häuserwänden klebten Plakate in Taschenformat mit der Aufschrift: ‚Unterstützt die Ohne-mich-Bewegung. Schließt euch in Gruppen zusammen!‘“ (Theissen 1983, S. 62)

Auch die geplante Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen blieb nicht ohne Widerstand: 1958 wendeten sich 18 namhafte Naturwissenschaftler gegen diese Pläne, die auch von der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ heftig abgelehnt wurden.

Wegen der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung werden die 50er Jahre in der Bundesrepublik auch als die Zeit des „Wirtschaftswunders“ bezeichnet. Deutschland, das 1945 noch völlig in Trümmern lag, erholte sich erstaunlich schnell von den materiellen Folgen des Krieges. Besonderen Anteil hatten dabei die Frauen; zahlreiche Männer waren entweder im Krieg gestorben, befanden sich noch in Gefangenschaft oder waren aufgrund von Kriegsverletzungen nicht in der Lage, (körperliche) Arbeit zu leisten, sodass vor allem Frauen in den ersten Nachkriegsjahren die Last des Wiederaufbaus trugen.

Die Arbeitslosigkeit, die 1950 noch über 10 % betragen hatte, reduzierte sich bis 1955 auf knapp über 5 %, am Ende der 50er Jahre herrschte in der Bundesrepublik mit unter 1 % Arbeitslosigkeit nahezu Vollbeschäftigung. Parallel hierzu stieg der Wochenverdienst eines Industriearbeiters von 100 DM im Jahr 1950 auf

197 im Jahr 1960 (s. Lilge 1978, S. 268) und die Industrieproduktivität um 164 % (s. Hermand 2006, S. 182).

Durch diese Entwicklung wurde die Bundesrepublik gegen Ende des Jahrzehnts auch international zu einer ökonomischen Größe:

„Das, was 1948 im Jahr der Währungsreform Utopie war, wurde zehn Jahre später Wirklichkeit. Deutschland war Gläubigerland geworden, seine Banken traten als Kreditgeber anderer Regierungen auf, unsere Währungsreserve rangierte hinter der der USA und der Schweiz mit 25 Mrd. an dritter Stelle. Die Bundesrepublik rückte an die zweite Stelle der Industrienationen vor.“ (Lilge 1978, S. 183)

Durch die Entbehrungen in Kriegs- und Nachkriegszeit herrschte in der deutschen Bevölkerung ein großer Nachholbedarf an Konsumgütern, der durch die steigenden wirtschaftlichen Leistungen gedeckt werden konnte, wobei die ökonomische Entwicklung es möglich machte, dass breitere Schichten der Bevölkerung an der Entwicklung teilhaben konnten:

„Im Jahre 1955 gab es in der Bundesrepublik nur 350000 Pkw, die für Arbeitnehmer zugelassen waren. Die meisten dieser Arbeitnehmerautos standen in den Garagen leitender Angestellter, höherer Beamter oder Direktoren, die statistisch ja auch als Arbeitnehmer gelten. Ein Arbeiter mit einem Auto war eine Rarität. Fünf Jahre später besaßen die deutschen Arbeitnehmer 6,6 Millionen Pkw.“ (Surminski 1983, S. 12)

Das Auto spielte in der Nachkriegszeit als Symbol des individuellen wie gesellschaftlichen Aufstiegs eine besondere Rolle. Aber auch mehr Wohnraum, automatische Waschmaschinen, Urlaubreisen und Fernsehgeräte waren Konsumartikel, die für die BundesbürgerInnen den wirtschaftlichen Aufstieg spürbar machten und zugleich als Statussymbole dienten. Vor allem ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre ergab sich in der Bundesrepublik ein neues Konsummodell, in dem die Werbung eine immer größere Rolle spielte:

„Seit der Währungsreform entwickelte sich in Westdeutschland eine neue, amerikanisch beeinflusste Konsumwirklichkeit; Markenartikel lösten die vertrauten ‚Lose-Ware-Produkte‘ auf breiter Front ab. Sie sollten die Bausteine einer im Aufbau begriffenen Anschaffungskultur in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und zugleich die Inbegriffe eines ‚leichteren‘ und ‚zukunftsgerichteteren‘ Lebens werden. Bald ist der Markenartikel aus dem bundesdeutschen Alltag nicht mehr wegzudenken, und so ist es auch nicht übertrieben, ihn als wesentlichen Bestandteil der sozialen Umwelt und Kultur überhaupt zu bezeichnen.“ (Gries/Ilgens/Schindelbeck 1995, S. 91)

Ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begann in der Bundesrepublik der Übergang von einer Mangel- zu einer Konsumgesellschaft, in der ständig neue Konsumgüter entwickelt und mit Werbung an die Frau und den Mann gebracht werden sollten, in der Konsum neben der Bedürfnisbefriedigung auch die Funktion von Status erfüllte und Werbung und „Markenbewusstsein“ eine immer wichtigere Rolle spielten.

Der deutliche wirtschaftliche Aufschwung führte bei einem großen Teil der BundesbürgerInnen zugleich zu einer Mentalität, in der Arbeit, Konsum und materieller Fortschritt zu zentralen Leitwerten wurden und eine relativ unpolitische Haltung begünstigte, die dazu beitrug, sich nicht mit dem Faschismus, dem Krieg oder der Integration von alten Nazis in die BRD zu beschäftigen. Nicht umsonst konnte die CDU mit Adenauer den Bundestagswahlkampf 1957 mit dem Slogan „Keine Experimente“ führen und auch gewinnen; die wirtschaftliche Entwicklung hatte einem gewissen Konservatismus in politischen Dingen zur Folge.

Auch wenn die ökonomische Entwicklung in der BRD zu einer Anhebung des Wohlstandsniveaus und damit zu einer hohen Loyalität und Identifikation gegenüber dem Staat führte, darf nicht vergessen werden, dass nach wie vor große Unterschiede in Einkommen und Vermögen herrschten. Vor allem durch die Tatsache, dass die großen Vermögen trotz ihrer teilweisen Verstrickungen in die Nazi-Verbrechen nicht angetastet wurden, gab es auch nach dem Krieg erhebliche Klassenunterschiede.

Es ist von daher ein Mythos, wenn behauptet wird, nach der Währungsreform hätten alle Deutschen die gleichen Chancen gehabt und mit 40 DM angefangen; große Teile von Vermögen an Grund und Boden, Immobilien und Produktionsmitteln blieben in den Händen derer, die sie auch vor und in der Nazizeit besaßen, und wurden nicht angetastet.

2.2 Schwarzwaldmädel und Caprifischer: Massenkultur in den 50ern

Auch wenn es eindeutige Verbesserungen in Bezug auf den Lebensstandard gab, war es vor allem großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung bewusst, dass die neu gegründete Bundesrepublik eine Gesellschaft war, in der es eindeutig und nach wie vor „Unten“ und „Oben“ gab:

„Fester Arbeitsplatz und gute Löhne sind aber nur die eine Seite dieser Erfahrung, die nicht gleichgesetzt werden kann mit ‚Aufstieg‘ oder gar ‚Verbürgerlichung‘. Die Lebensgeschichten der Arbeiter machen vielmehr deutlich, daß sie Arbeiter blieben, die Subalternität und Ausbeutung als prägende Erfahrungen erlebten, die sich über die Gewerkschaften höhere Löhne und bessere Sozialleistungen erkämpfen mußten und die Gesellschaft als in ‚wir und die‘ dichotomisch gespalten erlebten.“
(Herbert 1985, S. 43)

Insbesondere die Tatsache, dass weder die Gewerkschaften noch die sozialdemokratische oder die kommunistische Partei in der Lage waren, den Faschismus und den Weltkrieg zu verhindern, sorgte für ein Gefühl der Niederlage und der Machtlosigkeit.

Trotz der Klassenunterschiede, der Kontinuität führender Nazis in Teilen der Eliten, des KPD-Verbotes und eines tendenziell konservativen Klimas kann die Bundesrepublik auch in ihren Anfangsjahren nicht mit der Zeit des Faschismus verglichen werden. Mit der BRD war ein Staat mit demokratischen Wahlen, Parlamenten, politischen und bürgerlichen Rechten entstanden, in dem die Bürgerinnen und Bürger – bei allen Einschränkungen – über politische und individuelle Rechte verfügten.

In der Anfangszeit der BRD gehörten Trümmerlandschaften als Folge des Krieges, Kriegsversehrte und unvollständige Familien noch zur Normalität. Die Nazierrschaft hatte neben den sichtbaren Folgen des Krieges allerdings auch in der Mentalität der Westdeutschen deutliche Spuren hinterlassen. Vor allem für die Anfangsjahre der Bundesrepublik gilt, dass „starke monarchistische, autoritäre, explizit demokratiefeindliche und faschistische Neigungen in weiten Teilen der Bevölkerung in Rechnung zu stellen“ (Schildt/Siegfried 2009, S. 131) waren.

Zwölf Jahre Faschismus mit einer menschenverachtenden Propaganda, ein verheerender Weltkrieg, Millionen von Toten in den Lagern der Nazis und ein „Führerprinzip“, das nur Befehl, Gehorsam und Unterordnung kannte, die Angst, seine politische Meinung – soweit sie nicht der „offiziellen“ Linie entsprach – zu äußern, ein Klima der Unterdrückung und erzwungenen Anpassung wirkten nach dem Krieg fort.

Die fünfziger Jahre waren tendenziell noch von diesem autoritären und starren Geist geprägt. Ein deutlich spürbares Machtgefälle zwischen Reich und Arm, Mann und Frau, Alt und Jung war in der Gesellschaft überall präsent. Autoritäre Strukturen und konservative Umgangsformen schlugen sich deutlich im Alltag nieder, wie sich Bommi Baumann rückblickend erinnert:

„Ferner Kleidung, Sitten und das allgemeine Benehmen. Den wenigsten ist heutzutage klar, dass in den 50er-Jahren die Leute noch rumliefen wie in den 30ern. Das heißt, Männer hatten einen Hut auf und Frauen meistens auch, soweit einer vorhanden war. Benimmregeln waren erzkonservativ, bürgerlich und autoritär geprägte Verhaltensweisen, die sich schon darin manifestierten, dass jeder nach Möglichkeit mit Titel angesprochen wurde – ein Herr Oberschulrat, ein Herr Doktor oder ein Herr Professor wurden grundsätzlich vor den Namen gesetzt: ein ewiges Abheben des Huts beim Grüßen und so weiter und so fort.“ (Baumann 2007, S. 9)

Ein Konservatismus beherrschte das alltägliche Leben, zudem ein hoher Grad an Autorität mit relativ steifen Verhaltensformen, die sich eher an Sitten, Gebräuchen und „Anständigkeit“ orientierten als an Individualität, die eher Konventionen vollzogen statt Emotionen nach außen zu kehren.

Das Leben im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik war noch stark von dem Gegensatz von Alltag und Sonn- und Feiertag geprägt. An (kirchlichen) Feiertagen und Sonntagen war es üblich, gemeinsam die Kirche zu besuchen und „gute Sachen“ zu tragen, der Kirchgang konnte zudem auch die eigene Frömmigkeit vor anderen demonstrieren. Zudem gab es, um die Besonderheit des Tages zu betonen, ein „Festtagessen“, das besonders in den frühen 50er Jahren im Kontrast zum sonst noch herrschenden Mangel stand.

Die Tatsache, dass in den fünfziger Jahren Benimmbücher große Auflagenzahlen erreichten, ist in diesem Kontext verständlich: Das „richtige“ Verhalten im Beruf, in der Ehe, auf Festen usw. wurde hier vermittelt. Der Boom dieser Form von Ratgeberliteratur spricht für eine relative Unsicherheit hinsichtlich des eigenen „angemessenen“ Verhaltens; hier wird ein Bedürfnis nach Konformität deutlich, um nicht aufzufallen, sich korrekt zu verhalten und sich Regeln unterzuordnen.

Dieses Bedürfnis nach einer heilen Welt, in der alles überschaubar und klar geregelt ist, spiegelt sich auch in dem Genre des „Heimatfilms“, der in den 50er Jahren sehr beliebt war und in dem die Bedürfnisse und Sehnsüchte der BundesbürgerInnen zum Ausdruck kommen:

„Charakteristisch für Heimatfilme der 1950er Jahre waren eine melodramatische Handlung, die meistens eine Liebesgeschichte beinhaltete, sowie komische oder tragische Verwechslungen. Häufig gab es Musikeinlagen. Die Handlung spielte in abgelegenen, aber spektakulären und durch den Zweiten Weltkrieg unzerstörten Landschaften wie dem Schwarzwald, den Alpen oder der Lüneburger Heide. Es werden insbesondere konservative Werte wie Ehe und Familie betont. Frauen werden meistens nur als Hausfrau und Mutter positiv dargestellt. Die Obrigkeit darf nicht in Frage gestellt werden und Heiraten war nur innerhalb derselben sozialen Gruppe möglich.“ (Deutscher Film 2013, S. 7)

In Filmen wie „Schwarzwaldmädel“, „Grün ist die Heide“ oder „Der Förster vom Silberwald“ konnten die Sehnsüchte nach einer Welt ohne Kriegsschäden, mit klaren Hierarchien und Geschlechterrollen und einem Happy End befriedigt werden. Sie dienten der Entspannung und als eine Flucht und Ablenkung von einer Realität, in der die Kriegsfolgen – materiell wie psychisch und physisch – überall noch sicht- und spürbar waren und in der ein harter Arbeitsalltag das Leben bestimmte.

Wie stark das Bedürfnis nach einer heilen und möglichst konfliktfreien Welt mit traditionellen Hierarchien und Geschlechterbildern war, zeigt sich an den Reaktionen, die der Film „Die Sünderin“ mit Hildegard Knef auslöste. In diesem Film von 1951 spielte Knef die Prostituierte Marina, die mit ihrem Freund, einem Maler, zusammenlebt. Um ihm eine notwendige Operation zu finanzieren, geht Marina wieder ihrem alten Gewerbe nach; die Operation erbringt keine Heilung und Marina leistet ihrem Freund schließlich Sterbehilfe und begeht Selbstmord, wobei noch hinzukommt, dass Hildegard Knef in einer – wenn auch nur kurzen – Szene nackt zu sehen ist. Mit den Themen Prostitution, „wilde Ehe“, Sterbehilfe und Selbstmord rüttelt die „Sünderin“ an vielen Tabus der Nachkriegszeit, was auch von offizieller Seite zu heftigen Reaktionen führte:

*„Pfarrer predigten von den Kanzeln gegen die „Sünderin“; Kinos wurden von auf-
gebrachten Moralaposteln verbarrikadiert; der nordrhein-westfälische Landtags-
präsident erklärte fordernd: ‚Ich erwarte weitere Demonstrationen‘, Flugblätter
stellen die ‚Ehre unserer Frauen und Mädchen‘ und das gesunde Ehrbarkeitsgefühl
wieder her, das Hildegard Knef verhöhnt hatte.“ (Der Spiegel, zit. n. Glaser 1986,
S. 100)*

In einem Flugblatt, zusammen von der katholischen und der evangelischen Kirche verfasst, hieß es zur „Sünderin“:

*„Wer sich dennoch entschließt, den Film zu besuchen, macht sich zum Wegbereiter
des Kultur-Bolschewismus. Er soll sich nicht beklagen, wenn morgen oder über-
morgen der militärische oder der politische Bolschewismus über uns hereinbricht!
Und die Frauenwelt, die sich den Film ansieht, soll nicht jammern, wenn sie später
entsprechend gewertet und behandelt wird.“ (Zit. n. Steinbacher 2011, S. 108)*

Diese Reaktionen können als symptomatisch für die frühe Nachkriegszeit in der BRD gelten: In einem Land, das unter einem verbrecherischen Regime einen mörderischen Weltkrieg geführt und in dessen Lagern Millionen jüdischer Menschen und andere Gefangene gestorben sind, das zudem diese Vergangenheit kaum aufgearbeitet hat, empören sich Sittenwächter über einen Film, der die mühsam aufge-

Von Rock'n'Roll bis Hip-Hop
Geschlecht und Sexualität in Jugendkulturen
Rüttgers, P.
2016, VII, 318 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-10845-8